Sachsen

FDP will flexible Bezahlung im öffentlichen Dienst

Die FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag drängt auf einen Ausstieg Sachsens aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und eine flexiblere Bezahlung im öffentlichen Dienst. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Torsten Herbst, erklärte, Sachsen solle die TDL verlassen, wenn bei der anstehenden Tarifrunde im nächsten Jahr die Interessen des Freistaates nicht gewahrt würden. Finanzminister Georg Unland (CDU) hatte sich zuletzt in einer Landtagsdebatte für einen Verbleib des Freistaates in der Tarifgemeinschaft bekannt.



Auch Lehrer sollen nach den Vorstellungen der FDP unterschiedlich bezahlt werden

Herbst fordert Lohnzurückhaltung

Herbst mahnte Lohnzurückhaltung bei den Verhandlungen an und plädierte zugleich für eine differenzierte Bezahlung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. So sei es unverzichtbar, Leistungsträger oder Spezialisten besser zu bezahlen als andere. Als Beispiele nannte der FDP-Politiker den drohenden Mangel bei Lehrern für naturwissenschaftliche Fächer. Er könne sich vorstellen, dass diese Pädagogen künftig besser bezahlt würden als beispielsweise Lehrer für Deutsch oder Geschichte.

FDP stellt Studie vor

Die FDP stellte am Mittwoch in Dresden zudem eine von ihr in Auftrag gegebene Studie des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung zur Einkommenssituation vor. Danach liegt das Pro-Kopf-Einkommen im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland mit knapp 25.000 Euro deutlich über dem durchschnittlichen Bruttolohn von rund 22.700 Euro. Etwas mehr verdienten mit 25.600 Euro allerdings die Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Herbst sagte, es treffe nicht zu, dass die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst denen in der freien Wirtschaft hinterherhinkten. "Wir müssen vielmehr darauf achten, dass die Löhne im öffentlichen Dienst nicht davoneilen", fügte er hinzu.

Der Linken-Politiker Klaus Tischendorf erklärte, die FDP "langweile mit Ladenhütern". Würden sich die Liberalen mit ihren Forderungen nach niedrigeren Löhnen durchsetzen, dann käme es zu einer größeren Abwanderung und einem zunehmenden Fachkräftemangel auch im öffentlichen Dienst.

Zuletzt aktualisiert: 24. November 2010, 15:52 Uhr